



Nullmeier/Biegoń/Gronau/Haunss/
Lenke/Schmidtke/Schneider

MARKTWIRTSCHAFT IN DER LEGITIMATIONSKRISE?

Ein internationaler Vergleich



campus

Marktwirtschaft in der Legitimationskrise?

Frank Nullmeier ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Zusammen mit *Dominika Biegoń, Jennifer Gronau, Sebastian Haunss, Falk Lenke, Henning Schmidtke* und *Steffen Schneider* arbeitet er im Rahmen des Sonderforschungsbereichs »Staatlichkeit im Wandel« zur Frage der Legitimation von Politik und Ökonomie im Zuge der Globalisierung.

Frank Nullmeier, Dominika Biegoń, Jennifer Gronau,
Sebastian Haunss, Falk Lenke, Henning Schmidtke,
Steffen Schneider

Marktwirtschaft in der Legitimationskrise?

Ein internationaler Vergleich

Campus Verlag
Frankfurt/New York

© Campus Verlag GmbH

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie.

Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-593-50209-0

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Copyright © 2014 Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Druck und Bindung: Beltz Bad Langensalza

Printed in Germany

Dieses Buch ist auch als E-Book erschienen.

www.campus.de

© Campus Verlag GmbH

Inhalt

1	Legitimation der Marktökonomie	7
	<i>Frank Nullmeier und Dominika Biegoń</i>	
2	Legitimationsdiskurse zur Marktökonomie: Forschungsdesign	41
	<i>Henning Schmidtke und Steffen Schneider</i>	
3	Legitimationskrise der Marktökonomie? Strukturen und Entwicklung nationaler Diskurse.....	65
	<i>Steffen Schneider und Henning Schmidtke</i>	
4	Sturm im Feuilleton: (De-)legitimierende Diskursnetzwerke.....	113
	<i>Sebastian Haunss</i>	
5	Metaphern und die Reichweite der Kapitalismuskritik: Regulierung statt Transformation.....	141
	<i>Jennifer Gronau</i>	
6	Narrative der Marktlegitimation: Eine Erfolgsgeschichte?.....	171
	<i>Dominika Biegoń</i>	
7	Ökonomie als politische Aufgabe: Der Verantwortungsdiskurs zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise	197
	<i>Falk Lenke</i>	
8	Das Unbehagen in der Marktökonomie	219
	<i>Jennifer Gronau und Frank Nullmeier</i>	

Abbildungsverzeichnis.....	227
Tabellenverzeichnis.....	229
Literatur	231
Autorinnen und Autoren	251

1 Legitimation der Marktökonomie

Frank Nullmeier und Dominika Biegoń

Wie werden Marktwirtschaft und Kapitalismus in der Öffentlichkeit bewertet? Ist die Marktwirtschaft seit 2008 mit der Finanzmarktkrise, dem darauf folgenden Wirtschaftseinbruch in vielen Ländern, der Schulden- oder Eurokrise in Europa und den wachsenden Ungleichgewichten in der Weltwirtschaft in eine Legitimationskrise geraten? Wie verändert sich die Debatte über die Marktwirtschaft in diesem kritischen Zeitraum? Spitzt sich die Kritik zu und kommt es zur Gegenreaktion einer erneuerten Rechtfertigung dieser Wirtschaftsform? Wie intensiv ist überhaupt die Debatte und welche Akteure beteiligen sich an ihr mit welchen Argumentationen? Kommt es zu argumentativen Koalitionen unter bestimmten Gruppen? Bestimmen einzelne gewichtige Argumente die öffentliche Debatte? Kippt die Bewertung seit 2008 deutlich ins Negative? Gewinnen kritische Argumente an Stärke? In diesem Buch analysieren wir,¹ wie sich öffentliche Debatten zur Anerkennungswürdigkeit der Marktökonomie in den letzten Jahren entwickelt haben. Wir untersuchen damit *empirisch* die Legitimation der heutigen ökonomischen Ordnung. Die grundlegende Frage, die in dieser Studie beantwortet werden soll, richtet sich auf die *öffentliche Diskussion über Marktwirtschaft und Kapitalismus* vor und nach der Finanzmarktkrise. Ei-

¹ Dieses Buch präsentiert die Ergebnisse des Teilprojektes B1 des DFG-geförderten Sonderforschungsbereichs »Staatlichkeit im Wandel« unter der Leitung von Frank Nullmeier. Die Kodierungsarbeiten sind von den Autoren und Autorinnen dieses Buches gemeinsam durchgeführt worden. Unser Dank gilt den studentischen Hilfskräften Wiebke Anton, Anna Braam, Clara Friedrich, Wolfgang Geißler, Kristen Isherwood, Isabelle Kim, Klara Klopferschmidt, Katja Lamich, Nora Sinner, Sebastian Streb und Christoph Uhl, die in der Vorauswahl der relevanten Artikel und der Eingabe der Kodierungen wertvolle Arbeit geleistet haben, dem Geschäftsführer des Bremer Sonderforschungsbereichs »Staatlichkeit im Wandel« Dieter Wolf, der das Projekt jederzeit in Verwaltungs-, Finanz- und Organisationsfragen unterstützt hat, den Kollegen und Kolleginnen im Sonderforschungsbereich und dessen Sprecher Stephan Leibfried für viele wertvolle Diskussionen zu Grundlagenfragen der Legitimationsforschung. Ein besonderer Dank gilt der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

gene Antworten auf die Frage nach der *Legitimität* von Markt, Marktwirtschaft und Kapitalismus, d. h. der *normativen* Anerkennungswürdigkeit dieser ökonomischen Ordnung, wollen wir dagegen nicht präsentieren. Unsere Studie richtet sich allein auf die Bewertung von Marktwirtschaft und Kapitalismus in der medialen Öffentlichkeit.

Wir gehen davon aus, dass die Stabilität sozialer Ordnungen auch und gerade davon abhängt, dass in der öffentlichen Meinung ein Minimum an Unterstützung gesichert werden kann. Entsprechend untersuchen wir über einen Zeitraum von 14 Jahren (1998 bis 2011) das mediale Geschehen in Qualitätszeitungen, die weiterhin die Richtungsgeber der öffentlichen Meinung in etablierten Demokratien sind. Unsere Studie basiert auf einem internationalen Vergleich von vier Ländern: Deutschland, Großbritannien, USA und Schweiz. Wir wollen wissen, ob sich ländertypische Haltungen zur Ökonomie in den öffentlichen Debatten feststellen lassen. Verteilen sich Kritik und Verteidigung der Marktökonomie in den USA und Großbritannien anders als in Deutschland oder der Schweiz? Welche Kritik- und Rechtfertigungsmuster dominieren in welchem Land? Kommt es im Zuge der Finanzmarktkrise in allen Ländern zu einem Wandel der Legitimation? Gerät die Marktwirtschaft in allen Ländern in eine Krise ihrer Anerkennung oder wirkt sich die Krise ganz unterschiedlich aus?

Dieses Buch zur Legitimation von Marktwirtschaft und Kapitalismus ergänzt zwei vorhergehende Studien, die sich mit der Legitimation politischer Ordnungen auf nationaler und internationaler Ebene in den vier nationalen Öffentlichkeiten der USA, der Schweiz, Großbritanniens und Deutschlands beschäftigt haben (Schneider/Hurrelmann u. a. 2010; Nullmeier u. a. 2010). Gemeinsam ist diesen Analysen, dass sie sich auf die Bewertung der grundlegenden Strukturen von Politik und Ökonomie, auf die Ebene des Regimes oder der Ordnung, konzentrieren. Von der Bewertung einer ökonomischen Ordnung, sei es positiv als Rechtfertigung (oder Verteidigung) bzw. negativ als Kritik (oder Angriff), kann nur dann gesprochen werden, wenn sich die Äußerung auf Marktwirtschaft und Kapitalismus insgesamt oder deren wesentliche Prinzipien bezieht. Die Bewertung von einzelnen Unternehmen und Vertretern der ökonomischen Eliten, von einzelnen Strategien, Regulierungsmaßnahmen, sektoralen Entwicklungen etc. soll hier nicht interessieren.

Legitimationsfragen sind Fragen nach der Anerkennung der grundlegenden Strukturen. Es muss um die Marktwirtschaft oder den Kapitalismus selbst gehen, sei es deren grundlegende Ausprägung in einem Land, in

einer Weltregion und weltweit, oder sei es als Idealtypus und Modell.² Es muss mithin ein System, ein Regime, eine Gesamtheit angegriffen oder verteidigt werden, damit von Legitimation einer ökonomischen Ordnung die Rede sein kann. Allein diese auf Grundsätzliches zielende Kritik oder Rechtfertigung bildet den Gegenstand dieser Untersuchung.³ Dabei variieren die konkreten Bezeichnungen für die ökonomische Ordnung. Rechtfertigungen vermeiden eher den Terminus Kapitalismus, während Kritiken ihn bevorzugen (zu den theoriegeschichtlichen Hintergründen: Kocka 2013). Umgekehrt wird in positiven Bewertungen eher von Marktwirtschaft, freier Marktwirtschaft oder dem Markt gesprochen. Zudem gibt es Autoren, die beide Begriffe verwenden und systematisch zwischen Marktwirtschaft und Kapitalismus unterscheiden (z. B. Herrmann 2013). In diesem Buch wollen wir alle Formen von Kritik und Rechtfertigung erfassen unabhängig von ihrer semantischen Präferenz für die Begriffe Marktwirtschaft, Kapitalismus, kapitalistische Marktwirtschaft oder weitere Varianten. Als Terminus für unsere Beobachterperspektive auf das Legitimationsgeschehen mit seinem breiten Spektrum an Rechtfertigungen und Kritiken verwenden wir daher den Begriff *Marktökonomie*. Soweit wir Bereiche der Kritik untersuchen, die weitestgehend vom Kapitalismusbegriff bestimmt sind, wird der Terminus Kapitalismuskritik eingesetzt, im Falle einer ganz überwiegend Marktbegriffe verwendenden Legitimation nutzen wir auch die Formulierung Rechtfertigung der Marktwirtschaft. Wenden wir uns einzelnen Bewertungen zu, rekurren wir auf den Terminus, der in der öffentlichen Kommunikation selbst verwendet wurde.

2 In der öffentlichen Debatte lassen sich Statements, die sich auf die ökonomische Ordnung insgesamt beziehen, ohne Probleme von jenen unterscheiden, die nur einzelne wirtschaftliche Politiken und Strategien, Unternehmen oder Vereinigungen, Geschäftsfelder und Sektoren betreffen. Die Präzision der Debattenbeiträge ist aber meist nicht so hoch, dass durch die sozialwissenschaftliche Beobachterin zu entscheiden wäre, ob sich eine Äußerung z. B. zur »Ungerechtigkeit des globalen Kapitalismus« auf ein »Modell des Kapitalismus an sich« oder auf den aktuell existierenden Kapitalismus bezieht. Die für Theoriedebatten relevante Differenz zwischen Modellüberlegungen und Beurteilungen von Realzuständen lässt sich in der Untersuchung von massenmedialem Textmaterial nicht realisieren.

3 Mit der Dreigliederung von Kritik, Rechtfertigung und Vermittlung arbeitet die ideengeschichtliche Darstellung von Lisa Herzog und Axel Honneth (2013). Eine Bewertungsanalyse in medialem Textmaterial, wie wir sie vornehmen, kann aber nur positive, negative, in ganz seltenen Fällen auch abwägende Bewertungen der Marktökonomie finden. Zwar gibt es schwach oder stark negative bzw. positive Bewertungen, Auflistungen von sowohl positiven als auch negativen Bewertungen, aber keine einzelne vermittelnde Bewertung.

1.1 Sind Marktökonomien legitimationsbedürftig?

Fragen der Anerkennung und Anerkennungswürdigkeit von gesellschaftlichen Einrichtungen werden sozialwissenschaftlich unter den Begriffen Legitimität und Legitimation verhandelt. Die Legitimationsterminologie ist seit ihrer Etablierung durch Max Weber (1922) vor allem auf dem Gebiet der Politikwissenschaft genutzt und weiterentwickelt worden, sowohl für normative Theorien der Legitimität politischer Ordnungen als auch für die empirische Erforschung der Legitimation politischer Regimes. Bis heute fehlt es dagegen sowohl an einer normativen Theorie ökonomischer Ordnungen, die sich des Begriffs Legitimität als zentralem Terminus bediente, als auch – und das interessiert hier vor allem – an empirischer Forschung zur öffentlichen Legitimation von Marktökonomien.

Dieses Buch will zeigen, dass die in der Politikwissenschaft entwickelte empirische Legitimationsforschung methodische Verfahren und begriffliche Konzepte für die Untersuchung auch der Legitimation ökonomischer Ordnungen liefern kann. Wesentliche Kategorien der politikwissenschaftlichen Legitimationsforschung sind auf die Ökonomie anwendbar: Wir können die Intensität der Auseinandersetzung um die Legitimität ökonomischer Ordnungen ebenso messen wie verschiedene Arten von Legitimationsobjekten oder Legitimationsmustern identifizieren. Wir können in der Tradition von David Easton (1965, 1975) Unterscheidungen zwischen einer grundlegenden Ebene der Bewertung, der Ebene der Ordnung bzw. des Regimes, der Ebene der Bewertung einzelner Politiken, Sektoren, Handlungsfelder sowie der Ebene der Bewertung verantwortlicher Akteure nutzen, wenn beachtet wird, dass diese Unterscheidungen in einem sozialen System ohne Hierarchien und ohne Rechts- und Gewaltmonopole eine andere Bedeutung erhalten.

Dagegen ließe sich einwenden, dass der Begriff der Legitimität nur für politische Herrschaftsordnungen Verwendung finden könne und dürfe. Nur eine Ordnung, die Zwang ausübt, müsse sich auch legitimieren. Märkte seien jedoch freiwillige, spontane Kooperationsnetzwerke ohne Zwangsinstanzen und Gewaltapparate. Damit gelte für Marktökonomien, dass sie sich gar nicht als legitim erweisen müssten. Da allein auf Freiwilligkeit beruhend, stünden sie schlicht jenseits von Legitimität. Solange eine ökonomische Ordnung in ihrer Marktlichkeit als herrschaftslos und als System freiwillig eingegangener Beziehungen ohne hierarchische Ausübung von Zwang und Gewalt angesehen wird, fehlt es – so eine durchaus lange vor-

herrschende Sicht – an der Anwendungsmöglichkeit für den Begriff der Legitimität. Noch Jürgen Habermas (1973) hat in *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus* behauptet, dass der Kapitalismus erst im Laufe seiner Entwicklung zu einer legitimationsbedürftigen Ordnung geworden sei. Der Kapitalismus des 19. Jahrhunderts galt ihm als liberale, von staatlichen Interventionen und Regulationen relativ freie Ökonomie bei geringer Vermachtung der Märkte. In dieser Zeit hatte die Marktökonomie kein Legitimationsproblem und konnte es aufgrund fehlender Zwangsmechanismen auch nicht haben. Mit dem Aufkommen von Kartellen und zunehmender Oligopolisierung sowie dem Wachstum von Sozial- und Interventionsstaatlichkeit tritt die Ökonomie aber in das Stadium des »Organisierten Kapitalismus« (Hilferding 1968) ein. Zentrales Merkmal dieser Formation sei die schwindende Bedeutung des reinen, idealtypischen Wettbewerbs- und Marktgeschehens. Mit der doppelten Vermachtung der Märkte, durch Unternehmenskonzentration und staatliche Eingriffe, dringen Herrschaft und Zwang in die Marktökonomie ein und entsprechend wird der Legitimitätsbegriff anwendbar. Erst mit dem organisierten Kapitalismus, so die These, wird der Kapitalismus legitimationsbedürftig. Der zunehmende Herrschaftscharakter mache Legitimität zu einer relevanten Kategorie der Ökonomie.

Daran gemessen ist die heutige, von staatlichen Einflüssen stark mitbestimmte Marktökonomie sicherlich legitimationsbedürftig. Auch weil Unternehmen und Märkte im Zuge von (Teil-)Privatisierungsprozessen vormalig öffentliche Aufgaben (bei Fortbestehen staatlicher Regulationen) übernommen haben, ist mit einer Legitimationsbedürftigkeit zu rechnen. All jene Formen ökonomischer Ordnung, die relativ frei von staatlicher Intervention und Unternehmenskonzentration sind, könnten dagegen weiterhin als nicht legitimationsbedürftig gelten, also insbesondere jene Teile des Finanzmarktes, die nicht staatlich reguliert sind und einen weltweiten Fluss von Kapital unterschiedlichster Quellen erlauben. In Konsequenz dieser Theorie müsste man annehmen, dass der heute dominierende Teil der Marktwirtschaft, der Finanzmarkt, am wenigsten der Legitimation bedürfte. Dass diese die Welt beherrschende Ordnung nicht der Notwendigkeit einer Anerkennung als legitim unterliegt, ist sicher keine sinnvolle Schlussfolgerung. Die Legitimationsbedürftigkeit einer Ordnung vom Ausmaß von Zwang und Herrschaft versus Freiwilligkeit abhängig zu machen, führt mithin in Aporien.

Löst man den Legitimitätsbegriff von der Annahme, dass nur herrschaftliche, zwangsbewehrte Ordnungen legitim oder illegitim sein könnten, und unterstellt, dass jede gesellschaftliche Ordnung der Anerkennung bedarf, weil selbst die Freiwilligkeit von Interaktionen der expliziten Versicherung bedarf, als freiwillig gelten zu können, ist der Weg eröffnet, die Legitimationsbegrifflichkeit auch auf die Ökonomie anzuwenden. Anders als ein Großteil der Literatur gehen wir davon aus, dass auch ökonomische Arrangements prinzipiell legitimationsbedürftig sind. Gerade so wie für politische Systeme lassen sich generalisierbare normative Kriterien benennen, mit denen die Anerkennungswürdigkeit der Marktökonomie gerechtfertigt wird. Es ist aber durchaus davon auszugehen, dass die Legitimationsbedürftigkeit wächst, wenn sich der Herrschaftscharakter verstärkt oder ökonomische Akteure und Arrangements vormals öffentliche Herrschaftsaufgaben übernehmen (Leibfried/Zürn 2005; Hurrelmann u. a. 2007; Crouch 2011; Genschel/Zangl 2014: 344–345).

Finden öffentliche Diskurse zur Bewertung und Anerkennung einer Ordnung statt, können wir von einem Legitimationsgeschehen, einer Legitimationskommunikation oder auch von Legitimationsdebatten sprechen. Wird eine Ordnung aber nur sehr selten in ihrer Anerkennungswürdigkeit thematisiert, liegt das empirische Phänomen der A-Legitimität (Steffek 2007: 190) vor, das nicht mit dem theoretischen Konzept der Legitimationsbedürftigkeit verwechselt werden darf. A-Legitimität bezeichnet einen Zustand, in dem es zu keinen nennenswerten legitimierenden oder delegitimierenden öffentlichen Äußerungen zu einer ökonomischen (oder politischen) Ordnung kommt, in dem die Legitimationsintensität also sehr niedrig ist. Dies kann daran liegen, dass diese Ordnung als so selbstverständlich und fraglos gültig angesehen wird, dass es zu keinem gesellschaftlichen Diskurs über ihre Anerkennungswürdigkeit kommt. Die geringe Intensität der Legitimationsdebatte kann aber auch daran liegen, dass eine Ordnung als im Wesentlichen irrelevant angesehen wird und kaum bekannt ist, eine Konstellation, die sich beispielsweise bei der Untersuchung internationaler Organisationen als politischer Ordnungen zeigt. Etliche internationale Organisationen verharren im Zustand der A-Legitimität aufgrund geringer Relevanz für nationale Öffentlichkeit (Nullmeier 2013).

Legitimationsbedürftig sind auch auf Äquivalententausch und freiwilliger Interaktion beruhende Marktwirtschaften. Es kann aber durchaus zu einem sehr geringen Niveau expliziter Legitimationsdebatten, der A-Legitimität, kommen, sodass die Ordnung unbeachtet oder unbefragt bleibt.

Statt theoretisch entscheiden zu müssen, ob Legitimationsprobleme für ökonomische Ordnungen erst im Zuge des organisierten und sozialstaatlich regulierten Kapitalismus auftreten konnten, ist jeweils nach dem Grad der öffentlichen Auseinandersetzungen zu fragen. Es besteht zudem kein Zweifel, dass es gerade im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert nicht an massiver Kritik der kapitalistischen Ordnung gefehlt hat. Der Kapitalismus hatte bereits in seiner Manchester-Phase mit den diversen sozialistischen Theorien und den Spielarten einer Marx und Engels folgenden Kritik der kapitalistischen Ökonomie eine eigene ideengeschichtliche Traditionslinie hervorgebracht, die die Legitimität der Marktökonomie in Frage stellte und grundlegende Alternativen anbot, meist unter den Namen Sozialismus, Kommunismus oder Anarchie (ideengeschichtlicher Überblick siehe Fetscher/Münkler 1986). Wenn die Marktökonomie je eine Legitimationskrise erlebt hat und sogar den revolutionären Zusammenbruch ihrer Ordnung auch aufgrund tiefergehender Zweifel an ihrer Legitimität – dann in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Marktökonomien waren also lange vor dem Spätkapitalismus intensivsten Legitimationsdebatten ausgesetzt und standen keineswegs jenseits von Legitimationsanforderungen.

1.2 Folgen der Finanzmarktkrise: Von der A-Legitimität zur Legitimationskrise?

Erst die wirtschaftlichen Erfolge in der Nachkriegszeit, technologische und sektorale Umwälzungen der Wirtschaftsstrukturen sowie der Untergang der realsozialistischen Ökonomien ließen eine Situation entstehen, in der die Anerkennungswürdigkeit der Marktökonomie kaum mehr zur Debatte stand. Es konnte der Eindruck entstehen, die Marktwirtschaft müsse nicht mehr aktiv gerechtfertigt werden. Ihre Gültigkeit schien so klar, eindeutig und unbestritten, dass es einer aktiven Legitimation gar nicht mehr bedurfte. Demokratie und Marktwirtschaft bildeten das siegreiche Paar gesellschaftlicher Ordnung. Die ordnungspolitische Alternative zur Marktökonomie hatte sich erledigt und ihren Anspruch auf Überlegenheit vollkommen verspielt. Ein deutlicheres Selbstdementi einer Wirtschaftsordnung als der Zusammenbruch des Realsozialismus war kaum denkbar. Zudem beschleunigte sich durch ihn die Europäisierung und Globalisierung der Ökonomie (Eichengreen 2007). Zusammen mit anderen Integrationsschrit-

ten wie der Einführung der Europäischen Währungsunion entwickelte sich die globalisierte Ökonomie um die Jahrtausendwende zur zentralen Herausforderung. Zwar zeigten einzelne Währungskrisen und Crashes an den Aktienmärkten, dass der Erfolgskurs des weltweiten Kapitalismus nicht ohne Rückschläge bleiben konnte, doch setzte sich bis zum Jahre 2008 der Wachstumsprozess fort. So könnte man geneigt sein, für diesen Zeitraum die These aufzustellen, die Legitimationsdebatte habe sich soweit verflüchtigt, dass die *Marktökonomie in einen Zustand der A-Legitimität qua selbstverständlicher Hinnahme und fragloser Anerkennung* geraten sei. Dieser These zufolge wurde die Legitimität der Marktökonomie in dieser Phase weder bestritten noch gestützt, es gab keine wesentliche Infragestellung, keinen Streit um die Angemessenheit von Bewertungskriterien der Ökonomie oder auch nur ein nennenswertes Niveau an bewertenden Stellungnahmen.⁴

Dieses Buch will anhand empirischen Materials für vier nationale Öffentlichkeiten klären, ob es diesen Zustand der A-Legitimität für Marktökonomien gegeben hat oder nicht. War die Legitimationsintensität so gering, dass die Diagnose der A-Legitimität zutrifft? Oder zeigen sich wesentliche Unterschiede zwischen den untersuchten Ländern? Und vor allem: Hat sich dies während der Finanzmarktkrise geändert?

4 Von A-Legitimität kann schon nicht mehr gesprochen werden, wenn versucht wird, Legitimität negativ zu erzeugen. Winston Churchill wird gern zitiert mit dem Satz »Demokratie ist die schlechteste aller Regierungsformen – abgesehen von all den anderen Formen, die von Zeit zu Zeit ausprobiert worden sind«. (Originalfassung: »No one pretends that democracy is perfect or all-wise. Indeed, it has been said that democracy is the worst form of Government except all those other forms that have been tried from time to time;...« Winston Churchill, PARLIAMENT BILL, HC Deb 11 November 1947 Vol. 444 cc. 206–207). Meist nur als Bonmot verwendet, kann es doch als Paradigma eines bestimmten Typus von Legitimationsverleihung gelten: der negativen Legitimation. Die in Frage stehende Ordnung wird direkt nur negativ gekennzeichnet bzw. überhaupt nicht mit positiven Eigenschaften angesprochen. Die Pointe liegt im Vergleich mit allen denkbaren oder bereits realisierten Alternativen. Die Legitimation einer Ordnung A erfolgt durch die Abwertung möglicher Alternativen B, C, D. David Graeber, führender Theoretiker der Occupy-Bewegung, hat diese Legitimationsstrategie zum Kern der aktuellen Ausprägung der Marktökonomie erklärt: »Der neoliberale Kapitalismus als Regierungsform zeichnet sich dadurch aus, dass er um jeden Preis den Anschein erwecken will, es gebe keine Alternative, wie Margaret Thatcher in den 1980er Jahren bekanntermaßen verkündet hatte. Mit anderen Worten, es wird erst gar nicht mehr ernsthaft versucht zu argumentieren, dass es sich bei der heutigen Wirtschaftsordnung um eine gute, gerechte und vernünftige Ordnung handle. [...] Es heißt jetzt schlicht, das System funktioniere zwar nur unzureichend, doch alle anderen Systeme würden im Gegensatz dazu überhaupt nicht funktionieren« (Graeber 2012: 14).

Wenn die These zutreffend sein sollte, dass Legitimationsfragen lange Zeit nicht explizit thematisiert wurden, müssen die Ereignisse im Gefolge der Finanzmarktkrise als Schock gewirkt haben (Reinhart/Rogoff 2009: 208; Mayntz 2012: 7). Die Anzeichen einer krisenhaften Entwicklung in den USA zeigten sich bereits 2007, die Immobilien- und Bankenkrise entfaltete sich 2008 und erreichte mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehman Brothers am 15. September 2008 ihren weltweit sichtbaren Höhepunkt, um dann in eine allgemeine Wirtschaftskrise umzuschlagen, die international meist als »Great Recession« bezeichnet wird. Einen Moment schien es so, als stehe der globale Finanzmarkt am Rande eines Zusammenbruchs. Die Sofortmaßnahmen der Regierungen in vielen Ländern – (Teil-)Verstaatlichung, Rettung von Banken mit riesigen Summen, Förderung der Wirtschaft mit groß dimensionierten Konjunkturprogrammen – zeigten ein außergewöhnliches Maß an Abweichung von den gewohnten wirtschaftspolitischen Instrumentarien (Bermeo/Pontusson 2012; Kahler/Lake 2013; Bermeo/Bartels 2014). Die marktwirtschaftlichen Mechanismen schienen nicht hinreichend in der Lage zu sein, die Krise und deren Folgen zu bewältigen. Die Jahre 2008 bis 2011 standen ganz im Zeichen dieser Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise und der zunächst deutlich ausgeweiteten staatlichen Intervention, der bald Austeritätspolitik mit Haushalt- und Sozialleistungskürzungen, der Entlassung von Staatspersonal sowie der Kürzung von Gehältern und Pensionen mit großen Belastungen für breite Bevölkerungsgruppen folgten (Obinger 2012; Blyth 2013; Schäfer/Streeck 2013). Dieser Dramatik des politisch-ökonomischen Geschehens folgte auch die wissenschaftliche Publizistik, die in der Analyse der Krisenursachen ein über das Übliche deutlich hinausgehendes Maß an Skepsis gegenüber den Stabilisierungsmöglichkeiten der Ökonomie aufwies und nicht mit Kritik an den gegebenen Strukturen geizte (James 2009; Posner 2009, 2010; Sinn 2009; Hickel 2012; Panitch/Gindin 2012). Die Intensität des Krisengeschehens könnte zu der These führen, die Marktökonomie sei 2008 in eine schwierige Lage und ernste Bedrängnis geraten. Entsprechend hätten sich Kritiken an ihrer Funktionsweise und ihren Folgen gehäuft, sie sei grundlegend angezweifelt worden, sodass eine *Legitimationskrise der Marktökonomie* eingetreten sei.

Das vorliegende Buch will auch diese These anhand empirischen Materials überprüfen. Hat sich die Legitimationsintensität so gesteigert, dass man seit der Krise von einer intensiven Legitimationsdebatte sprechen kann? Und waren die inhaltlichen Beiträge so ausgerichtet, dass die Kritik

an der Marktökonomie so deutlich überwog? Wurde die Anerkennungs-würdigkeit der Marktökonomie ernsthaft in Frage gestellt? Ist tatsächlich eine Legitimationskrise der Marktökonomie als Folge der Krise entstanden? Oder sind die Kritikimpulse nicht hinreichend stark, um von einer Krise der Anerkennung zu sprechen? Da unsere empirische Untersuchung auf Daten für die Jahre 1998 bis 2011 beruht, wir also Daten für die Zeit vor und während der Krise verfügen, können wir klären, ob beide Thesen zutreffen oder nur eine der beiden oder gar keine: *Hat sich innerhalb weniger Jahre die Lage der Marktökonomie vom Zustand der A-Legitimität zu einer Legitimationskrise verschoben?*

1.3 Typologie der Rechtfertigungs- und Kritikmuster

Sobald eine aktive und kritische Auseinandersetzung mit der ökonomischen Ordnung stattfindet, mithin eine lebhaft Legitimationskommunikation einsetzt und der Zustand der A-Legitimität überwunden ist, rücken die Argumente und Bewertungsmuster in den Vordergrund, mit denen die Begründung und Kritik, die Verteidigung und der Angriff auf die Marktökonomie erfolgen. Welche Argumente kommen zur Geltung, welche normativen Überzeugungen leiten die (De-)Legitimation? Wie unterscheiden sich Kritik und Unterstützung? Werden dieselben Werte nur unterschiedlich interpretiert oder angewendet oder sind es jeweils eigene Wertüberzeugungen, die für die Rechtfertigung der Marktwirtschaft und die Kapitalismuskritik verwendet werden? Welche Kriterien leiten die Bewertungen? Sind es eher Gerechtigkeitsüberzeugungen oder Vorstellungen von Wachstum und Wohlstand, Effizienz und Effektivität, die die Legitimationsdebatte bestimmen? Welche Rolle spielen Gleichheit, Demokratie, Freiheit, Solidarität, aber auch Produktivität, Kreativität oder Stabilität in der Beurteilung der Marktökonomie?

Die Fülle der in der Öffentlichkeit vertretenen Legitimationsmuster ist beeindruckend, setzt die sozialwissenschaftliche Analyse aber einer Unübersichtlichkeit aus, die ohne Rückgriff auf orientierende Sammelkategorien nicht bewältigt werden kann. Aus einem wechselseitigen Abgleich von Befunden in unserem Material und Beiträgen zur Rechtfertigung und Kritik der Marktökonomie vor allem aus der Theoriegeschichte der Ökonomie (Pribram 1998; Schumpeter 2009) bzw. der politischen und wissenschaftli-

chen Publizistik ist daher ein Vorschlag zur typologischen Verortung der (De-)Legitimationsargumente entstanden, der im Folgenden ausführlicher präsentiert werden soll.

Vorbilder zur Sortierung der Rechtfertigungs- und Kritikmöglichkeiten sind eher selten, größere Bekanntheit hat aber die Studie von Luc Boltanski und Ève Chiapello *Der neue Geist des Kapitalismus* (2003) erlangt. Die Autoren fragen nach den in bestimmten historischen Phasen der ökonomischen Entwicklung dominierenden Motivationen, im kapitalistischen System aktiv mitzuwirken. Sie konzentrieren sich auf Managementliteratur, um die Legitimationen und ideologischen Antriebskräfte freizulegen, die gerade für mittlere Führungskräfte entscheidend sind für die Identifikation mit der ökonomischen Ordnung. Einzelne Phasen der ökonomischen Entwicklung werden von besonderen Mischungen aus nur sieben grundlegenden Rechtfertigungsordnungen (Polis) bestimmt, die in modernen Gesellschaften zur Verfügung stehen (Boltanski/Thévenot 2007). Bis 1930 ergänzen sich eine marktwirtschaftliche und eine familienweltliche Rechtfertigung, bevor die bürgerweltliche und industrielle Rechtfertigung in den Vordergrund treten. In den 1980er Jahren wird diese Konstellation abgelöst von einer projektbasierten Rechtfertigungslogik. Damit wird eine historische Abfolge von Rechtfertigungen geliefert, deren Dynamik sich auch den jeweils vorherrschenden Kritikformen verdankt. Die Bewertung des Kapitalismus als ungerecht, Ungleichheiten erzeugend und Egoismus belohnend fassen die Autoren unter dem Begriff »Sozialkritik« zusammen, als »Künstlerkritik« gilt dagegen der Angriff auf den Kapitalismus als entfremdend, unterdrückend und authentische Lebensweisen zerstörend. Der Aufstieg der Künstlerkritik in der Studentenbewegung und in den kulturellen Bestrebungen der 1960er Jahre löst danach den Übergang zur projektbasierten Rechtfertigung der Marktökonomie aus. Diese Untersuchungen zum Geist des Kapitalismus sind jedoch nicht an den historisch fortdauernden Rechtfertigungen der Marktökonomie via materiellem Wohlstand, Produktivität, Effizienz und Leistungsstärke auf der Basis wirtschaftlicher Freiheit interessiert, sondern suchen ganz vorrangig nach *zusätzlichen* Motivationen und deren argumentativer Bestärkung, die Führungskräfte zu einer Identifikation mit dem Kapitalismus und zu einer hohen Einfügung in die Arbeitsverhältnisse verleiten (Boltanski/Chiapello 2003: 51). Die basale Rechtfertigung des Kapitalismus oder der Marktwirtschaft als ökonomischer Grundordnung gegenüber der gesamten politischen Öffentlichkeit wird bei Boltanski und Chiapello gar nicht verhandelt.

Rahel Jaeggi hat jüngst (2013) einen weiteren Versuch der Typologisierung – begrenzt auf die Kapitalismuskritik – vorgelegt. Drei Grundformen der Infragestellung des Kapitalismus lassen sich danach unterscheiden: Als *funktionale* Kritik bezeichnet sie Argumentationen, die den Kapitalismus als nicht funktionsfähig, notwendig krisenhaft und selbstzerstörend ansehen. Wird dagegen die Ungerechtigkeit des Kapitalismus betont, handle es sich um eine *moralische* Kritik, während die Diagnose der Entfremdung, der Zerstörung gelungener Lebensweisen – die »Künstlerkritik« bei Boltanski und Chiapello – als *ethische* Kritik gilt. Offen bleibt bei Rahel Jaeggi, ob sich die Rechtfertigung des Kapitalismus ebenfalls auf diese drei Grundmuster und ihre Verknüpfung stützen kann, ob mithin die Argumentationsformen zur Verteidigung und zur Kritik des Kapitalismus symmetrisch angelegt sind.

Unserem Ansatz folgend, dass die politikwissenschaftliche Legitimationsforschung geeignete Kategorien liefern kann, um auch die öffentliche Anerkennung der Marktwirtschaft empirisch zu untersuchen, wäre auch die Unterteilung in Input- und Output-Legitimation zurate zu ziehen (Scharpf 1999, 2009). Diese eignet sich durchaus für die Analyse ökonomischer Ordnungen, wenn etwa Voraussetzungen eines funktionierenden Marktes als Input (Privateigentum, keine Zugangsbeschränkungen, Existenz eines Rechtssystems, freie Verhandelbarkeit von Preisen, Konsumenten- und Produzentenfreiheit) angesehen werden, Effekte eines Marktsystems wie Wachstum, Wohlstand, Verteilungsstrukturen, Deckung von Bedarfen, Innovation, aber auch Beförderung von Demokratie als Output bezeichnet werden. Eine Kritik des Kapitalismus als ungerechte Ordnung stellt demnach eine Output-Delegitimation dar, eine Rechtfertigung via Freiheit der Person wäre dem Input-Bereich zuzuordnen. Gegen die Nutzung dieser zunächst tauglich scheinenden Unterteilung spricht aber, dass die klassische theoretische Rechtfertigung der Marktwirtschaft in der Tradition von Adam Smith auf der engen Verknüpfung von Input- und Output-Elementen beruht. Im Abgleich mit der Ideengeschichte der Marktlegitimation in der ökonomischen Theorie verliert dieser Einteilungsversuch an Plausibilität. Fasst man die in der Auseinandersetzung mit vorliegenden Kategorisierungen auftretenden Überlegungen zusammen, so ergibt sich folgendes Anforderungsprofil für eine Typologie. Diese sollte in der Lage sein:

- alltägliche Argumentationsfiguren aus der öffentlichen Debatte in demselben Ordnungsschema zu verorten wie Theoriebeiträge aus den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften;

- Kategorisierungen zu liefern, die historische Phasen wirtschaftlicher Entwicklung und besondere Traditionen einzelner Länder übergreifen;
- Rechtfertigung und Kritik der Marktökonomie in einem einzigen Ordnungsschema zu erfassen und gerade nicht getrennte Typen für Kapitalismuskritik und Lob der Marktökonomie bereitzuhalten;
- eine begrenzte Anzahl von Grundtypen zu benennen, um eine hinreichend klare Sortierung angesichts der Fülle von Einzelargumenten für oder gegen die Marktökonomie zu gewährleisten.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, unterscheiden wir zunächst nur zwischen *klassischen Rechtfertigungen und Kritiken* der Marktökonomie und *nicht-klassischen Argumentationsfiguren* der (De-)Legitimation. Eine klassische Rechtfertigung des Marktes in der Tradition von Adam Smith schreibt der Marktökonomie höchste ökonomische Koordinationsleistung und Produktivitätsentwicklung zu. Diese resultiert auf einem von Zwang gerade befreiten System ökonomischen Austauschs zwischen freien, nutzenorientierten Akteuren. Die wirtschaftliche Freiheit ist Grundlage einer allgemeinen Wohlstandssteigerung durch den Markt. Dieser funktioniert selbstregulierend – und er funktioniert gerade deshalb so, weil er auf Freiheit basiert. Und diese Freiheit ist nicht nur mit gesellschaftlicher Koordination verträglich, sie erzeugt das höchstmögliche Niveau an Wachstum, Wohlstand und Gemeinwohl für alle Beteiligten. Marktfreiheit ist im höchsten Maße produktiv. Das ist der Kern der *klassischen Rechtfertigung*.

Dem entspricht die klassische Kritik in der Tradition von Karl Marx. Danach führt eine kapitalistische Marktwirtschaft unweigerlich in die Selbsterstörung und den Zusammenbruch der ökonomischen Ordnung. Mag zunächst wirtschaftlicher Fortschritt die Folge sein, so hebt sich dieses System auf längere Frist aufgrund immanenter Krisentendenzen selbst auf. Zudem ist die wirtschaftliche Freiheit der einen (der Unternehmer) die Grundlage der Unfreiheit der Vielen (Arbeitnehmer), doch auch die Freiheit der Unternehmen ist nur Illusion angesichts der ökonomischen Zwänge, die in eine immer weiter fortschreitende Produktivitätsentwicklung hineintreiben. Statt mit einer stetigen Wohlfahrtssteigerung geht diese Entwicklung mit Verelendungstendenzen mindestens großer Gruppen der Weltbevölkerung einher. Das ist der Kern der *klassischen Kapitalismuskritik*, die Selbsterstörung, Verelendung und Freiheitsverlust als verschiedene Seiten eines einzigen Prozesses versteht.

Diese klassischen Modi rekurren spiegelbildlich auf die Frage der Funktionsfähigkeit und Freiheitlichkeit einer Marktökonomie. Gegen die

Behauptung, ein freier Markt sei die bestmögliche Ordnung zur Lösung des Problems effizienter ökonomischer Ressourcenallokation, setzen die Kritiker die These der mangelnden Selbstregulierungsfähigkeit und notwendigen Krisenhaftigkeit einer Ordnung, die auf der Investitionsfreiheit der Unternehmer und dem Zwang zum Verkauf seiner Arbeitskraft bei allen Nicht-Kapitalbesitzern aufruht.

Den klassischen Mustern der Legitimation und Delegation stehen *nicht-klassische Formen* gegenüber. Dazu zählen all jene Argumentationen, die nicht im Horizont einer funktions- und freiheitsbezogenen Bewertung via Allokationseffizienz, Produktivität, Wachstumsniveaus, Nutzen- bzw. Profitmaximierung, Gleichgewicht und Sicherung der Handlungsfreiheit der ökonomischen Akteure verbleiben. Es handelt sich hierbei nicht um eine Residualkategorie, da rein ästhetische, emotionale oder ohne werthafte Begründung bleibende Rechtfertigungen oder Kritiken von ihr nicht miterfasst sind. Der Bezug auf solche nicht-klassischen Kriterien, die ungefähr dem entsprechen, was Jaeggi als moralische und ethische Kritik bezeichnet, soll zusammenfassend als *kulturell-moralische Rechtfertigung* bzw. *Kritik* der Marktökonomie bezeichnet werden.⁵ Diese Gruppe von Bewertungen ist in sich sicherlich recht heterogen. Es lassen sich unter Nutzung der Unterscheidungen bei Rahel Jaeggi, Luc Boltanski und Ève Chiapello sowie unter Hinzufügung eher politikwissenschaftlich motivierter Überlegungen drei Gruppen von Bewertungsmaßstäben bilden:

Gerechtigkeitszentrierte Bewertungen: Diese Kategorie, die bei Jaeggi in die Gruppe der moralischen Argumentationen fällt und bei Boltanski/Chiapello die Sozialkritik bestimmt, umfasst jene Argumentationen, die auf die Termini gerecht/ungerecht oder gleich/ungleich zurückgreifen. Die Verteilungsverhältnisse als Folge einer ökonomischen Ordnung stehen hier ebenso zur Diskussion wie die generelle (Un-)Gerechtigkeit von Markttransaktionen und Marktprozessen.

Demokratiezentrierte Bewertungen: Diese Kategorie fehlt in der Auflistung der Kritikoptionen bei unseren Referenzautoren, spielt aber sowohl auf der Seite der Rechtfertigung als auch der Kritik in der politischen Öffentlich-

5 Wir verwenden für die Typen- und Subtypenbezeichnung nicht Jaeggis Unterscheidung zwischen moralischen Bewertungen – dem Bezug auf das für alle geltende Gerechte – und ethischen Bewertungen – dem Bezug auf das jeweils für uns Gute. Diese Unterscheidung ist zwar in der Philosophie und Politischen Theorie hinreichend etabliert, hat aber noch nicht den Weg in die gehobene Alltagssprache gefunden, in der Ethik noch als die Reflexionstheorie der Moral gilt.

keit und Publizistik eine Rolle. So argumentieren Befürworter der Marktwirtschaft, dass wirtschaftliche Freiheit in Marktwirtschaften und politische Freiheit in Demokratien einander bedingen, Marktfreiheit eine zentrale Vorbedingung für Demokratie sei, es sich folglich um hochkompatible und aufeinander angewiesene Ordnungsformen handle. Die Kritik betont dagegen, dass die Marktwirtschaft die politische Gleichheit und mit ihr die Demokratie untergrabe, politische Partizipation angesichts der Weltmarktzwänge zur Farce werde und nur der Übergang zu einer Wirtschaftsdemokratie die politische Demokratie dauerhaft sichern könne.

Lebensweiszentrierte Bewertungen: Diese Kategorie erfasst Bewertungen, die sich auf den Wert oder Unwert von kulturellen Praktiken, Lebensstilen, Verhaltensweisen und Eigenschaften von Personen beziehen (ähnlich Jaeggis Kategorie der ethischen Kritik). Hierzu können Bezüge zu Tugend- und Lasterkatalogen (z. B. Ehrbarkeit versus Habgier) zählen, ethische Vorstellungen guter sozialer und kommunikativer (Führungs-)Kompetenz sowie die Beförderung moralisch intakter bzw. moralisch zweifelhafter Lebensweisen in einer Gesellschaft. Die Marktökonomie ist vor dem Hintergrund solcher Kriterien legitim, weil sie ein höheres Niveau an Moralität und Zivilisiertheit befördert oder Lebensweisen, individuelle Haltungen und Umgangsformen sichert, die denen jeder anderen Art von Ökonomie überlegen sind. Die Marktökonomie gilt als Zivilisierungs- und Kultivierungsinstanz der Gesellschaft. Die Kritik behauptet das Gegenteil: Die Marktökonomie zersetze die kulturellen Grundlagen des Zusammenlebens, schaffe eine von Laster, Korruption und Egoismus zutiefst zerfressene, unbarmherzige Kultur des Sich-Durchsetzens und der Beachtung allein des eigenen Vorteils.

Diese drei Argumentationsweisen fassen wir zu den Mustern der *kulturell-moralischen Rechtfertigung und Kritik* zusammen. In Tabelle 1.1 ist die Systematik der vier grundlegenden Typen der Legitimation und Delegitimation einer Marktökonomie expliziert, in den folgenden Abschnitten werden wir die Legitimations- und Kritikmuster im Einzelnen und zusammen mit ihren wichtigsten Varianten näher vorstellen. Diese Typologie kann selbstverständlich nur den Anspruch erheben, die wichtigsten, aber nicht alle in der öffentlichen Debatte und der Theoriediskussion auftretenden Formen und Muster von Kritik und Rechtfertigung zu kategorisieren.

Tab. 1.1: Grundtypen der Rechtfertigung und Kritik von Marktökonomien

	Rechtfertigung/Legitimation	Kritik/Delegitimation
Klassisch	Klassische Rechtfertigung	Klassische Kritik
Nicht-klassisch	Kulturell-moralische Rechtfertigung	Kulturell-moralische Kritik

1.4 Klassische Legitimationsfiguren

Die klassische Legitimation der Marktökonomie findet sich zuerst 1776 bei Adam Smith in *Der Wohlstand der Nationen* (1778) und hat sich bis heute als Grundargumentationsmuster zur Rechtfertigung einer marktgesteuerten ökonomischen Ordnung erhalten. Ihre markanteste Formulierungen sind die Figur der »unsichtbaren Hand« und das Konzept der »spontanen Ordnung«: Die Freisetzung der Eigeninteressen von Produzenten und Konsumenten in einem dezentralen System ökonomischer Koordination via Markttausch führt zu einem Zustand allgemeiner Wohlfahrtssteigerung. Die Freiheit des Einzelnen, Handlungen auszuführen, die allein seinem Eigeninteresse dienen, mithin gerade der Verzicht auf tugendhaftes oder gemeinwohlorientiertes Verhalten, erzeugt allgemeinen Wohlstand und trägt am besten zum Gemeinwohl bei. Aus dem eigeninteressierten Verhalten aller wird ohne darauf gerichtete Intentionen und ohne eine hierarchische Instanz, die zielgerichtet für Ordnung sorgen kann, allein durch die koordinierende Kraft der Preisbildung auf freien, staatlichen Zwängen entthronen Märkten materieller Wohlstand aller. Die »unsichtbare Hand« und die »spontane Ordnung« sind deshalb so bedeutende Formulierungen, weil sie die Wundersamkeit des Marktes zu bezeichnen vermögen, seine Fähigkeit, ohne Zwang, Gewalt oder irgendeine Herrschaftsinstanz, ohne bewusste Steuerung oder Planung doch zum höchsten Wohl aller zu führen, und das nicht obwohl, sondern gerade weil alle einzeln nur ihrem Eigeninteresse folgen. Diese Kombination aus Willkürfreiheit, Selbststeuerung und bestmöglicher Beförderung des materiellen Gemeinwohls macht die klassische Rechtfertigung dieses Typs ökonomischer Ordnung aus. Diese Legitimationsfigur ist weder rein input- noch rein outputbezogen. Ihre Stärke

liegt darin, eine bestimmte Input-Situation (Freiwilligkeit, Freiheit, Eigentumsrechte, Orientierung am Eigeninteresse, Nutzenmaximierung, Freisetzung individueller Handlungsmöglichkeiten und Fähigkeiten) mit einem bestimmten Output (Wohlstand, Wohlfahrt, Gemeinwohl, Wachstum, Produktivitätssteigerung) verknüpfen zu können. Freiheit ist die notwendige Vorbedingung der Wohlstandssteigerung, Wohlfahrt die ebenso notwendige Folge der Freisetzung der Eigeninteressen in einer marktbasierten arbeitsteiligen Ordnung.

In der Geschichte der ökonomischen Theorie wie der öffentlichen Rechtfertigung des Marktes hat diese Grundversion zahlreiche Modifikationen erlebt. Die Mathematisierung der Ökonomie und ihre mikrotheoretische Grundlegung beförderten eine Argumentation, die das Marktgeschehen als inhärentes Streben nach einem Gleichgewichtszustand erscheinen ließ. Dem Nachweis der Möglichkeit eines allgemeinen Gleichgewichts auf allen Märkten kam daher besondere theoriestrategische Bedeutung zu (Pribram 1998: 535–541). Der Nachteil dieser theoretischen Entwicklung war allerdings, dass die wettbewerbliche Dynamik des marktwirtschaftlichen Geschehens in einem solchen Modell nicht hinreichend abgebildet werden konnte. Es war hier zu viel Ordnung und Stabilität enthalten, Wettbewerb erschien als normalisierendes Geschehen, es fehlten Risiko, Untergang, Veränderung und Entwicklung. Die Dynamik marktlichen Geschehens wurde erst von Joseph Schumpeter (1993) mit seiner *Theorie wirtschaftlicher Entwicklung* aus dem Jahre 1912 wieder in den Vordergrund gerückt. Aus ihr ging eine Modifikation der klassischen Legitimationsfigur hervor, die die »kreative Zerstörung« als ein wesentliches Element des Marktprozesses betonte und die Innovationskraft risikoreichen unternehmerischen Tuns hervorhob.

Die Dynamik, aber eher im Sinne einer ständigen Erhöhung des Wohlstandsniveaus der Gesellschaft wie der aller Beteiligten am Marktgeschehen, steht im Vordergrund von Argumentationslinien, die sich der Wohlfahrtsökonomie zuordnen lassen (Pribram 1998: 572–575). Diese Traditionen finden ihren praktischen Ausdruck in der Vermessung des Ökonomischen durch das Messkonstrukt des Bruttoinlandsprodukts als zentralem Kriterium der Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft (Lepenies 2013). Ein Anstieg dieser Messgröße wird als Wachstum zum Erfolgsmaßstab und Legitimationskriterium der Marktökonomie. Der durch Wettbewerb angetriebene technische Wandel, die Erhöhung der Einkommens- und Wohlfahrtsniveaus, die dauernde Verbesserung der Konsumchancen und des

Produktivitätsniveaus durch Innovationen aller Art sind die Kennzeichen einer stark wachstumszentrierten Variante der klassischen Rechtfertigung. Auch wenn sich an diese Argumentation am ehesten Überlegungen einer staatlichen Intervention zur Unterstützung von Innovation und Wandel anschließen lassen, bleibt doch die das klassische Muster prägende Verknüpfung zwischen Eigeninteresse, Markt und Wohlstandssteigerung erhalten.

Diese Verknüpfung wird in libertären Argumentationen weitgehend zugunsten der Inputseite aufgelöst: Die Marktrechtfertigung wird freiheitsradikal. Die Vertreterinnen und Vertreter dieses Ansatzes unternehmen den Versuch, eine allein auf einem Recht auf Freiheit basierende politische Philosophie zu konstruieren, die zudem die in der klassischen Version bei Adam Smith vorhandenen Aufgabenfelder und Interventionsmöglichkeiten des Staates weiter zu reduzieren sucht (Wendt 2009). Der in der akademischen Welt bekannteste und einflussreichste Vertreter des Libertarianismus ist Robert Nozick mit seinem Hauptwerk *Anarchy, State and Utopia* (1974). Die Marktökonomie ist nur noch begleitet von einem Minimalstaat, der »grundlegenden Schutz durch die Polizei und nur wenig oder nichts darüber hinaus bietet« (Narveson 2004: 29). Weitergehende Interventionen des Staates kollidieren hingegen mit dem Recht auf allgemeine Freiheit. Steuern erscheinen dann ebenso als Freiheitsverstoß wie jede Form von staatlichem Eingreifen in die Handlungsräume und Dispositionen der Individuen.

Diese Position erreicht ihr Extrem in der anarcho-kapitalistischen Strömung, die mit dem Namen Ayn Rand und ihrem ethischen Egoismus verbunden ist und in den USA mittlerweile kultische Züge erlangt hat (Rand 1964, 1967, 1992). Die moralische Aufladung von Eigentum und Selbstinteresse führt zur strikten Ablehnung von Kategorien der Sozialität wie Gemeinschaft, Solidarität und Gemeinwohl, die ebenfalls als Hintergrundkonzepte bei Adam Smith – ausgeführt in seiner *Theorie der ethischen Gefühle* (1985) – eine zentrale Rolle spielen. In Ayn Rands Hyperliberalismus gehört alles dem Einzelnen und nichts der Gemeinschaft. Jeder Verweis auf andere Formen der Vergesellschaftung als die freiwillige Markttransaktion erscheint als Ausdruck einer Entmachtung und Enteignung des Einzelnen, denn das Recht des Einzelnen ist mit dem Recht auf Privateigentum identisch. Privateigentum ist die als Menschenrecht vorgegebene primäre Größe (Rand 1967). Konsequenterweise schwächt eine solche Legitimationskonzeption alle Elemente einer outputbezogenen Theorie der Markt-